



## I. Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende, Herr André Schaller, begrüßte alle Anwesenden zur 1. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Ordnung und Umwelt und wollte zwei Angelegenheiten, bevor in die Tagesordnung getreten werde, anmerken.

Er gab seiner persönlichen Freude Ausdruck für die gemeinsame Arbeit in dem Ausschuss für die kommenden fünf Jahre; des Weiteren, dass er in die Sitzordnung eingegriffen habe, um ein gewisses Mischungsverhältnis zu haben.

Sollte es Einwendungen geben, bitte er um entsprechende Mitteilung.

Anschließend machte er einige geschäftsleitende Hinweise, dass eine Tonbandaufnahme zu Protokollzwecken mitlaufe, entsprechend bat er um die Zuhilfenahme des Mikrofons, damit die Protokollaufzeichnungen auch laut und deutlich vernehmbar seien. Wichtig sei deshalb auch, dass auch erst nach Worterteilung durch den Vorsitzenden mit dem Redebeitrag begonnen werde. Ansonsten sind Ton- und Bildaufnahmen nicht gestattet.

Es fand eine kurze Diskussion hierzu statt.

### **Zu TOP 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

### **Zu TOP 2      Bestätigung der Tagesordnung**

Die Verwaltung hatte den Ausschussvorsitzenden gebeten, den TOP 8 von der Tagesordnung zu nehmen **Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums in Schöneiche bei Berlin**

**Vorlage: 063/2024**, da es sich dabei um einen „nur schulrechtlichen Beschluss“ handele.

Herr Schaller bat jedoch darum, dass dieser bestehen bleibe, um eine kurze Information darüber zu erhalten und dann entschieden werden könne, ob er vertagt werden solle.

Der Vorsitzende ließ den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung zu.

**- einstimmig zugestimmt -**

### **Zu TOP 3      Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**

Herr Schaller erläuterte, dass ein oder auch zwei Stellvertreter möglich wären und machte sodann den Vorschlag, dass ein Stellvertreter gewählt werden solle.

Er stellte die Frage, ob es gegenteilige Anmerkungen dazu gäbe und ließ dazu abstimmen.

**- einstimmig zugestimmt –**

### **Zu TOP 4      Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Fachausschusses**

Der Ausschussvorsitzende bat nunmehr um entsprechende Vorschläge.

Herr Dr. Mernitz schlug Frau Claudia Laue vor.

Herr Schaller fragte nach weiteren Vorschlägen.

Es meldete sich Frau Kathleen Muxel zu Wort und stellte sich selbst als Stellvertreterin zur Verfügung.

Der Vorsitzende stellte fest, dass sich also zwei Kandidatinnen zur Verfügung stellen und ließ darüber abstimmen, dass diese zwei Kandidatinnen so zur Stellvertretung zugelassen werden.

**- einstimmig zugestimmt -**

Im weiteren Verlauf ging er auf die Wahl ein, dass die Kandidatinnen jeweils einzeln zur Abstimmung gebracht werden.

Es meldete sich Herr Schüler zu Wort und bat darum, dass sich die Kandidatinnen kurz bzgl. ihrer Kompetenz vorstellen.

Herr Schaller bat nach Alphabet vorzugehen und merkte insoweit an, dass dies wohl legitim sei; somit sollte Frau Laue sich zuerst vorstellen. Frau Laue und Frau Muxel stellten sie persönlich vor.

Herr Schaller kam nunmehr zur Abstimmung und ließ zunächst über Frau Laue abstimmen.

**8 Ja-Stimmen - 3 Enthaltungen? – (wurde nicht gesagt über Nein oder Enthaltung)**

Herr Schaller gratulierte Frau Laue zur Wahl als Stellvertreterin.

#### **Zu TOP 5 Bestätigung der Protokollantin**

Herr Gehm stellte Frau Sybille Kuhrau (Büroleiterin) zur Schriftführerin dem Ausschuss vor, die jedoch heute krankheitsbedingt nicht teilnehmen könne.

**- einstimmig zugestimmt -**

#### **Zu TOP 6 "Vorstellung der Vorschläge für die Vergabe von Fördermitteln nach der Denkmalförderrichtlinie des Landkreises"**

Der Ausschussvorsitzende erteilte Herrn Gehm das Wort, welcher Ausführungen zu den Handhabungen der Denkmalförderrichtlinie machte.

Der Mitarbeiter der Denkmalschutzbehörde, Herr Olaf Methfessel, machte im Anschluss daran detaillierte Ausführungen zur dieser Richtlinie.

**- siehe Anlage Repräsentation –**

Herr Schaller bedankte sich nach Beendigung des Vortrages bei Herrn Methfessel und fragte nach eventuellen Nachfragen seitens der Anwesenden.

Frau Muxel hatte eine Nachfrage zu dem Projekt 16: Sturmschädengutachten im Park von Steinhöfel, Erläuterung zum Auftraggeber, Konzept etc.

Frau Kirschner (Amtsleiterin des Bauordnungsamtes) ergriff das Wort und führte aus, dass der Auftraggeber für das Gutachten der Eigentümer des Parks sei. Das Ziel sei insofern, dass zunächst der Bestand des Parks aufgenommen werde, wobei auch die Biberschäden eine berücksichtigende Rolle spielen.

Sie machte weitere detaillierte Ausführungen hinsichtlich des Prozederes zur Auswahl der nach zu pflanzenden Bäume.

Danach stellte Herr Dr. Mernitz eine Nachfrage bezgl. der Bestandsdokumentation und Dokumentation der Schäden, welches für ihn einen erheblichen Unterschied darstelle.

Frau Kirschner ergriff noch einmal das Wort und erörterte detailliert über die Bestandsdokumentation des ganzen Parks.

Herr Löb hatte zwei generelle Fragen zum Gesamtbudget für diese Sanierungen.

Frau Kirschner beantwortete den ersten Teil der Frage dahingehend, dass es Fördermittel vom Landkreis schon immer gäbe und übergab das Wort an Herrn Methfessel, der entsprechende Erläuterungen gab. Zusammenfassend also, die ausgereichten Fördermittel reichen nicht allein zur Deckung aus, somit wäre also immer ein entsprechender Eigenanteil zu finanzieren.

Es gab weitere Wortmeldungen die zur Diskussion beitrugen.

Herr Buhrke erläuterte dazu im Allgemeinen, dass der Grundsatz nach dem Grundgesetz gelte „Eigentum verpflichtet“. Ein Denkmal zu restaurieren ist keine öffentliche Aufgabe, sondern des jeweiligen Eigentümers. Dennoch will der Landkreis hier Unterstützung geben, da die Restaurierung immer einen höheren finanziellen Aufwand für die Eigentümer bedeute, die Gesellschaft jedoch an der Erhaltung dieser Denkmäler großes Interesse habe.

**Zu TOP 7      Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Neubaus für die Regine -  
Hildebrandt-Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt  
geistige Entwicklung in Fürstenwalde / Spree als Baustein des „Spree-  
Campus“  
Vorlage: 062/2024**

Herr Buhrke moderierte diese Beschlussvorlage kurz an, die bereits aus dem Vorgängerkreistag herrühre und übergab das Wort an Frau Meyer-Grunewald, die diese den Abgeordneten ausführlich darstellte. Aktuell befinde man sich in der Vorplanung, die Planungsentwürfe wurden in den Ausschüssen vorgestellt. Die Regine-Hildebrandt-Schule wird der 3. Bauabschnitt sein. Auf dem Spreecampus befinde sich bereits die Spreeoberschule. Aktuell befinde man sich in dem Bau der Grundschule; es sei eine Grund- und Oberschule, die in Zweizügigkeit den Fürstenwaldern zur Verfügung gestellt werde.

Sie führte dann weiter aus, dass zur der Bedarfs- und Investitionsliste im vergangenen Jahr beschlossen wurde, keine Grundsatzbeschlüsse mehr vorzulegen. Sie wolle dennoch aufgrund der doch neu zusammengestellten Ausschussmitglieder kurz einen allgemeinen Überblick dazu geben bzgl. der Kosten, dass diese Schule zweizügig sein werde und nunmehr dann an einem Standort sich befinde, statt wie bisher in Erkner und Fürstenwalde mit 192 Schülern. Sie führte im Weiteren zu der Schulausstattung aus.

Herr Fettke meldete sich bzgl. des Grundsatzbeschlusses zu Wort und schilderte seine Auffassung zum Grundsatzbeschluss.

Für ihn erschließe sich das Ganze nicht und bat darum, dies noch einmal zu erläutern.

Frau Meyer-Grunewald ergriff dazu noch einmal das Wort und erklärte, dass es wie bereits erwähnt, nicht erforderlich sei, hier einen Grundsatzbeschluss in dieser Form darlegen zu müssen, man wolle allgemein darüber informieren.

Herrn Gehm erläuterte den Anwesenden noch einmal den Ablauf der Thematik.

Herr Fettke bekräftigte noch einmal seine Nachfrage bezüglich des Grundsatzbeschlusses, wenn es keinen gäbe. Er würde beantragen, das Wort zu streichen, weil es verwirrend sei.

Herr Gehm führte aus, man solle es als Service verstehen und beim nächsten Mal solle man es anders benennen – der Service bleibt.

Herr Fettke meinte sodann dazu, dass er einen entsprechenden Antrag gestellt habe, dass das Wort so gestrichen werde.

Herr Schaller sagte, dass es so zur Kenntnis genommen werde und es als diskutiert betrachte.

Frau Muxel schloss sich dem Vortrag von Herrn Fettke an.  
Im derzeitigen HH-Plan 2025 ist für investive Baumaßnahmen im Finanzplan 2027 bereits eine Kreditaufnahme vorgesehen, jedoch nicht in welcher Höhe.

Herr Buhrke meldete sich zu Wort und verwies auf die Stellungnahme der Kämmerei. Er erläuterte detailliert die Finanzplanung und gab abschließend an, dass die Finanzplanung sich nicht auf das HH-Jahr 2025, sondern auf die Folgejahre beziehe.

Frau Muxel ergänzte, dass dies zu unkonkret sei und es so ein Hin und Her schieben darstelle, also ein „Freifahrtschein“ für diese Schule. Man solle konkret sein und sagen, wieviel koste diese Schule.

Der Vorsitzende wandte zur Diskussion ein, dass alle Anfragen hier erlaubt seien, trotzdem liege der Schwerpunkt hier auf die bautechnischen Sachen im weitesten Sinne. Er verwies auf den kommenden Finanzausschuss, man solle also hier sich selber nicht die Schwerpunkte wegnehmen.

Herr Gehm äußerte erklärend dazu, dass was beschlossen wurde ist der Beschlussvorschlag, der Rest sei Begründung. Beschlossen werde also, dass die Planungsleistung fortgesetzt werde. Es gehe tatsächlich im Grunde genommen nach dem Beschlussvorschlag erstmal nur um die weitere Beauftragung und die weitere Durchführung der Planungsleistungen. Schlussendlich, was die Kredite anbelange, darüber müsse natürlich insgesamt beschlossen werden, wenn es irgendwann einen HH-Planentwurf gäbe, in dem die Kredite dargestellt seien.

Danach ergriff Frau Schoppenheit das Wort und bedankte sich für die Ausführungen. Ihre Fragen bezogen sich auf die Beteiligung der derzeitigen Pädagogen aus Erkner und Fürstenwalde in die Planungen und die Wege, weil diese wohl sehr weit erscheinen für eingeschränkte Menschen. Ihre Frage konkretisierte sie dahingehend, ob man noch auf die Planungen mit einwirken könne.

Frau Meyer-Grunewald erläuterte dazu das Wegekonzept und dass auch die Schulpädagogen mit einbezogen worden seien.

Frau Laue machte konkrete Anmerkungen zu dem architektonischen Entwurf. Insgesamt finde sie den Entwurf gut. Sie machte weitere Ausführungen zur Gesamtfläche von 8.000 m<sup>2</sup>, wieviel m<sup>2</sup> Waldfläche insgesamt gerodet werden, Beachtung des BNB-Standard, Regenwassermanagement etc. (evtl. in Bezug auf gesamten Campus, Starkregen). Ist die Statik des Gebäudes so ausgelegt, dass das angelegte Gründach Wasser zurückhalten könne, ob man dort ein Retentionsdach bauen könne; eine weitere Anregung, Zisternen unter den Grünflächen zu planen, um das Regenwasser bewirtschaften zu können für die Schule (im Gebäude). Nächste Anmerkung von Seiten Frau Laues war der sommerliche Hitzeschutz für die Fassade, ob man hier noch um planen könne, um so dann den BNB-Standard auch noch zu erhöhen (von Mineralwolle auf Holzwolle oder sogar Seegras). Ein weiterer Punkt bildete die Verschattungsanlage, hier regte sie vielleicht Holzgitter an, die man hin und her schieben könne und vor dem Gebäude eine Pergola oder eine Fassadenbegrünung. Insgesamt sollte bei einem solchen Bau auch dem Klimawandel Rechnung getragen werden.

Herr Gehm schlug sodann vor, dass sämtliche Vorschläge so zu Protokoll genommen werden. Er führte noch einmal aus, dass hier im Moment die Leistungsphase 2 vorliege und diese vorge-tragenen Themen betreffen tatsächlich spätere Leistungsphasen. Es könne sicherlich mit den Architekten darüber diskutiert werden, inwieweit das in den Entwurf Eingang finden könne.

Frau Laue fragte noch einmal, ob sie eine Antwort hinsichtlich der gerodeten Waldfläche erwar-ten könne.

Herr Gehm erläuterte dazu, dass sich das Ganze in Fürstenwalde „Pionierpark“ nenne. Man finde dort erhebliche Betonablagerungen und damit hochgradige Belastungen. Es wurden bereits hohe finanzielle Mittel für Kampfmittel- und Altlastenbeseitigung ausgegeben. Es gäbe einen relativ gesunden Restbestand, der auch zu erhalten versucht werde und der auch als Schallschutz dienen solle. Es sei jedoch kein natürlich gewachsener Laubwald, sondern im Grunde genommen eine stark menschlich überformte und mit Beton durchsetzte Fläche, die inzwischen größtenteils beräumt sei.

Herr Schaller wandte kurz ein, dass für den künftigen Arbeitsplan – vielleicht auch schon für den künftigen Ausschuss – kurz auch schon ein TOP aufgenommen werden könne, wo auch schon Investitionsschritte dargestellt werden.

Herr Fettke hatte noch zwei Sachen - bis wann die Vorplanung voraussichtlich abgeschlossen sei und bis wann die Verwaltung plane, dann auch den Ausschuss einzubeziehen. Dann stellte er hiermit den Antrag, den Beschlussvorschlag zu ergänzen, und zwar vor zu beauftragen, kurz vor dem Punkt „... bis zur Leistungsphase 4 zu beauftragen sowie vergeben“ ausgeführt hat.

Er glaube, es schaffe auch so ein Stück Sicherheit. Man müsse sich vorstellen, vom Gesamthonorar Leistungsphase 1 und 2 sind wohl 8 % Honorar und in der Leistungsphase 3 sind 15 %. Die wirkliche Arbeit in der Leistungsphase 3 – und alles das, was man bis zur Leistungsphase 2 nicht mehr wirklich eingepflegt habe – sei dann noch einmal ein ganz anderer Aufwand in der Umplanung.

Herr Schaller wandte ein, dass es wohl kein Antrag, sondern eine Anregung sei als sachkundiger Einwohner. Er wolle sich in der Kommunalverfassung dazu noch einmal belesen. Unabhängig davon, sei dies eine Vorlage der Verwaltung. Man sei ein beratender Ausschuss und könne Anregungen machen, wo die Verwaltung ihren Beschlussvorschlag noch einmal selbständig ändern könne. Der Bauausschuss habe eine rein beratende Funktion. Herr Schaller fragte noch einmal die Anwesenden, ob es noch inhaltliche Anmerkungen gäbe.

Herr Fettke meldete sich und sagte, er habe eine Frage gestellt, worauf Herr Schaller ihn bat, diese noch einmal zu formulieren.

Herr Schaller erteilte Frau Meyer-Grunewald das Wort. Sie führte aus, dass man aktuell auf dem Stand der Projektvorbereitung sei, der mit 100 % erfüllt sei, im Augenblick in der Planung mit 25 % Erfüllung und man erwarte den Baubeginn in 2026, d. h. das wäre dann die Ausführungsplanung und den Bauabschluss/Fertigstellung 2027/2028.

Frau Laue verwies auf den Bildungsausschuss, dass es dort eine Projektliste für die Schulen gab, diese hätte sie gern auch in den Bauausschussunterlagen.

Herr Schaller fragte, ob diese im Nachgang noch einmal versandt werden könne.

Herr Buhrke sagte, dass dies gar kein Problem sei und dem Protokoll beigelegt werde.

Frau Meyer-Grunewald führte zu der Liste aus.

Herr Schaller informierte die Anwesenden, dass der Ausschuss nur eine empfehlende Funktion habe und sagte weiter, dass sachkundige Einwohner auch Anträge stellen können. Der Antrag sei gestellt. Er würde darum bitten, dass dieser noch einmal formuliert werde.

Herr Fettke sagte diesen noch einmal: „Mein Antrag war, und zwar vor zu beauftragen einzufügen,“ bis zur Leistungsphase 4 nach HOAI zu beauftragen“. Das wäre dann die Genehmigungsplanung.

**- einstimmig zugestimmt –**

*Entsprechend der Ergänzung von Herrn Fettke „bis zur Leistungsphase 4“*

**einstimmig zugestimmt**

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

## **Zu TOP 8 Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums in Schöneiche bei Berlin Vorlage: 063/2024**

Herr Buhrke wurde dazu das Wort erteilt, der zunächst auf das Wort „Errichtung“ einging. Dies habe nichts mit der Errichtung eines Gebäudes zu tun. Es handle sich um eine Schule, die neu gegründet werde und um eine solche handle es sich bei dem Gymnasium in Schöneiche. Diese bedarf eines sog. *Errichtungsbeschlusses* und einer angepassten Schulentwicklungsplanung. Beides werde auf dem nächsten Kreistag behandelt. Dies gehe dann zum entsprechenden Fachministerium, dort werde geprüft und bestätigt und dann könne man tatsächlich an die Umsetzung dieser Schule gehen. Auch das Gymnasium resultiere aus dem Vorgängerkreistag. Er führte detaillierter über die Hintergründe dazu aus, u. a dass Schüler in Nachbarkreisen beschult werden, was auch verkehrstechnische Gründe habe.

Letztlich führe es dazu, dass die Schule größer benötigt werde als wie bisher angenommen, von bisher zweizügig auf vierzügig. Auch werde noch in Erkner eine Schule gebaut, diese ist genauso wichtig lt. dem Schulentwicklungsplan. Letztlich werden alle Schulen gebaut werden müssen, um den Bedarf abzudecken und erläuterte dies ausführlich.

Der gestrige Bildungsausschuss habe dies gestern auch zustimmend zur Kenntnis genommen.

Herr Schaller fragte dazu - wann werde sich der Ausschuss voraussichtlich wieder damit beschäftigen.

Frau Meyer-Grunewald ergänzte dazu, dass wir uns im Bauausschuss mit der Interimsvariante beschäftigen, die erforderlich sei, bevor überhaupt in die Planungen eingestiegen werde. Dieser werden im nächsten Jahr an den Start gehen, ein Bauantrag sei dazu erforderlich. Es werde ein bestehendes System genutzt. Dazu werde sie im nächsten Bauausschuss berichten.

Herr Schaller erwähnte die Nachfrage, ob es Mittel sind, die in diesem Haushalt oder im nächsten enthalten seien?

Herr Buhrke erläuterte ganz kurz den zeitlichen Ablauf. Die Interimsvariante brauche man dann, wenn der Betrieb aufgenommen werde, wenn man eine neue Schule baue, bislang wurden Schulen immer nur saniert. Er erläuterte dies den Anwesenden.

Zurückzukommen auf die Frage, die Mittel benötigen wir nicht jetzt, sondern in 2025 für die Interimslösung und dann je nach Baufortschritt dann für das Bauvorhaben selbst.

Es meldete sich Frau Laue zu Wort und stellte eine grundsätzliche Frage zur Errichtung eines 4-zügigen Gymnasiums. Unterscheide der sich von dem einer 4-zügigen Oberschule, also Ge-

samtschule. Ist dieser dann flexibel für irgendwelche Schulformen nutzbar, z. B. die Förderschule (Förderschule).

Herr Buhrke erläuterte daraufhin noch einmal, dass im Moment noch gar nicht über die Errichtung beschlossen werde, auch nicht über Planung, sondern im Moment gäbe es lediglich den Beschluss, dass es überhaupt eine Schule an diesem Standort geben solle und diese hänge mit der Beschlussvorlage Schulentwicklungsplanung zusammen.

Alles andere, wie der Bau kommt, wie sich der Baukörper entwickelt, dies sei im Moment noch Zukunft. Damit werden Sie natürlich in jedem einzelnen Schritt befasst werden.

Herr Dr. Mernitz fügte hinzu, dass man sich in der Fraktion dazu kurzgeschlossen habe, dass eine weiterführende Schule dringend gebraucht werde. Ob es dann ein Gymnasium werden solle ist teilweise kontrovers, aber auch nicht jetzt für den Bauausschuss das Thema.

Der Vorsitzende sagte, dass das jetzt tatsächlich einfach „nur“ zur Kenntnis genommen werde.

**- ohne Abstimmung -**

Herr Schaller merkte bezüglich der Abstimmung an, dass das zu 8. nur eine Information sei, man hatte sich geeinigt, dass er das „vorsätzlich“ übergangen habe, weil wir ja hier ausschließlich im Vorgriff zur Schulentwicklungsplanung einen Beschluss auf der Tagesordnung haben. Zu diesem wollen wir nicht empfehlen, auch wenn wir das sehr zustimmend zur Kenntnis genommen haben.

**- ohne Abstimmung -**

**Zu TOP 9      Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744, Abschnitt 015, Dahmsdorf – Reichenwalde**  
**Vorlage: 077/2024**

Herrn Buhrke wurde das Wort erteilt und führte aus, dass auch hier noch die Vorgänger mit der Grundsatzbeschlussfassung befasst waren.

- siehe Anlage Präsentation -

Frau Muxel stellte bezüglich des Baugrundes bzw. der evtl. Fällung von Alleebäume eine Frage und ob entsprechend klare Ersatzmaßnahmen vorlägen.

Herr Buhrke beantwortete die Anfrage ausführlich.

Frau Hass als zuständige Sachbearbeiterin ergänzte die Ausführungen entsprechend detailliert.

Frau Muxel fragte noch einmal nach, ob es Landes- oder Gemeindeforst sei.

Herr Dr. Mernitz führte aus, dass der Radweg also hinter der Allee laufe – da sei bestimmt auch Grunderwerb erforderlich und ob die Gemeinde irgendwo beteiligt werde.

Frau Hass beantwortete die Anfrage bezgl. des Grunderwerbs.

Dazu gäbe es in Reichenwalde ein Bodenneuordnungsverfahren. Der Ausgleich finde unter den Eigentümern statt.

Diese Radwegemaßnahme sei eine Folgemaßnahme, da im nächsten Jahr die danebenliegende Kreisstraße ausgebaut werde. Diese beinhalte auch ein Kleinstück Ortsdurchfahrt in Dahmsdorf und im Zuge dessen wird ein gemeinsamer Geh- und Radweg errichtet, an dem dieser

Radweg sich anschließen werde. Dies ist sozusagen der Lückenschluss zu dem errichteten Radweg ab Wendisch-Rietz.

Frau Schipporeit hatte eine Anfrage zur letztendlichen Widmung des Radweges – normaler Radweg oder Radschnellweg. Diese Widmungsart sei relevant für die Fähigkeit des Befahrens des Radweges, z. B. Landmaschinen, Radfahrer, Inliner usw., die rechts und links davon seien.

Frau Hass führte dazu aus, dass ein Radweg errichtet werde und kann somit mit 2,50 m Breite keine Fahrradstraße sein. Dieser müsse mindestens 4 m Breite haben. Er wird gewidmet als gemeinsamer Geh- und Radweg.

Frau Laue hatte eine Anmerkung zu der Ausführung bei diesen Eichen. Der ADAC hat darauf hingewiesen, dass diese Betonsteinplatten quer zur Fahrtrichtung und nicht längs verlegt werden sollten. Vom ADAC kam die Frage, ob man die Eichen nicht umfahren und die Asphaltstrecke weiterführen könne.

Frau Hasse erklärte, dass keine Betonplatten benutzt werden, sondern in Pflasterbauweise gebaut werde. Dies bedeute später allerdings einen erhöhten Unterhaltungsaufwand, man möchte aber nicht so in die Wurzelbereiche eindringen.

Herrn Rademacher wurde das Wort erteilt, seine Frage beziehe sich ebenfalls auf die Eichen.

Frau Hass erklärte dazu, dass diese Eichen nicht auf dieser Seite stünden, sondern von Dahmsdorf kommend direkt in dem ersten Waldstück.

Der Vorsitzende kam dann zur Empfehlung und verlas den Beschlussvorschlag.

***einstimmig zugestimmt***

*Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0*

## **Zu TOP 10 Verortung der vom Ausschuss zu beratenden Produktbereiche in der neuen Verwaltungsstruktur und Abstimmung zur Ausschussarbeit**

Herr Schaller schilderte die Verwaltungsstruktur.

Herr Gehm führte aus, dass es etwas schwieriger geworden sei durch die Umstrukturierung und erläuterte dies anhand des vorgelegten Papiers.

Herr Schaller hatte eine Frage zum Gebäudemanagement, ob dieser auch zu diesem Bereich gehöre.

Herr Gehm bejahte dies.

Weiterhin stellte der Ausschussvorsitzende die Frage zur Zuständigkeitsverordnung.

Herr Gehm ergriff das Wort dazu und sagte, im Bereich des übertragenen Wirkungskreises haben natürlich die Kreistagsabgeordneten auch ein Akteneinsichts- und Auskunftsrecht. Wir können individuelle Verfahren aus Datenschutzgründen nicht öffentlich beraten. In der Regel geschehe das dann entsprechend über eine Anfrage, wo wir dann eine Auskunft gegeben werde, aber eben nicht öffentlich. Die Kreistagsabgeordneten sind von der Kommunalverfassung aus als Geheimnisträger qualifiziert, haben also ein relativ umfassendes Einsichtsrecht, sofern keine Inkompatibilitäten o. ä. vorlägen. Ganz runter gebrochen, über eine Baugenehmigung könne hier nicht abgestimmt.

Herr Fettke wollte noch einmal von der Bezeichnung her eine Anfrage stellen. In der Drucksache stand – Amt für Schulverwaltung und Baumanagement und auf dieser Unterlage steht Schulverwaltungsamt. Werde das noch angepasst.

Herr Gehm gab Auskunft, dass die Struktur sich noch im Fluss befinde, deshalb können diese durch die Dokumentenerstellungen (zeitlich) auch noch nicht identisch sein. Es können sich durchaus auch noch Änderungen ergeben.

## **Zu TOP 11 Information der Verwaltung und Fragen**

Frau Meyer-Grunewald wollte noch einmal kurz ausführen, dass es in den vergangenen Ausschüssen üblich war, dass eine Projektstatusliste vorgestellt wurde, d. h. im Bauausschuss und auch im Bildungsausschuss, was den wesentlichen Stand der Baumaßnahmen erkläre. Wie bereits ausgeführt, gehe es hier nicht um alle Baumaßnahmen die der Landkreis ausführe, sondern um eine Aufstellung der jeweiligen Bauvorhaben und stelle die wesentlichen vor.

Herr Fettke bedankte sich für die Ausführungen, merkte jedoch an, dass es doch vielleicht noch detaillierter, so wie es in den Unterlagen des Jahres 2023 ausgeführt war, präsentiert werde. Frau Meyer-Grunewald sagte dazu, dass man dies gerne so übernehmen könne. Aus dem Bildungsausschuss kam jedoch der Wunsch, es kürzer zu fassen. Sie wolle gern zur Abstimmung bringen, in welcher Form Sie gern diesen Vortrag wünschen.

Durch den Ausschussvorsitzenden wurde festgestellt, dass die intensiveren Ausführungen doch für den Bauausschuss zielführender seien. Die Verwaltung werde es entsprechend aufarbeiten.

Der zweite Punkt, der angeregt wurde „Oderhochwasser“.

Herr Buhrke informierte dazu ausführlich über den aktuellen Stand und allgemein. Die Deichunterhaltung sei eine Aufgabe des Landes, also des Landesumweltamtes (LfU). Wenn es darum gehe, die Deiche zu schützen und Maßnahmen zu ergreifen, dann sei allerdings der Katastrophenschutz zuständig – hier der Landkreis, die Nachbarkreise und die kreisfreie Stadt.

Herr Schüler hatte eine Frage aus der Fraktion zum Planungsstand Radweg Diehlo-Möbiskrüge, wozu keine Aussage geben konnte, sagte ab eine Antwort zu.

Im Zusammenhang mit der Bejagung (Biber u. ä.) hatte der Ausschussvorsitzende eine Frage bezgl. objektiver Gefahren, wo und in welchen Bereichen möglicherweise der Deich durch bestimmte Tierarten gefährdet sei.

Herr Buhrke machte dazu detaillierte Ausführungen, die Deiche werden regelmäßig kontrolliert, sog. Deichschau. Entsprechende Mängel werden aufgenommen und auch umgehend beseitigt.

Frau Muxel informierte die Anwesenden, dass auch bereits im Landtag seit einigen Jahren dieses Thema bestehe. Hier solle man vielleicht auch als Bauausschuss diesmal an den Kreistag herantragen. Der Deichschutz muss hier Vorrang haben.

Eine weitere Frage beinhaltete das Bauvorhaben Heinersdorf Ost (3 Windkraftanlagen). Inwieweit sei hier das ortsansässige Umweltamt, der Naturschutzbeirat in die Planung einbezogen und ob bekannt sei, dass es einen Weiterbau Heinersdorf 2 und 3 geben soll und auch eine entsprechende Unterschriftensammlung vorläge.

Herr Gehm konnte dazu nicht direkt Auskunft geben, führte aber allgemein aus, dass der Landkreis bei bestimmten Belangen als Untere Wasserbehörde beteiligt sei und natürlich auch die Baugenehmigung, da wir eine Stellungnahme zur immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erteilen. Man könne Auskunft geben, jedoch aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht in dieser Runde, dies würden wir schriftlich beantworten.

Herr Schaller warf ergänzend ein, dass man vielleicht künftig derartige Fragen auch 2 bis 3 Tage vorher schriftlich einreichen könne, sodass die Verwaltung dann hier auch schon antworten könne.

## **Zu TOP 12      Vorbereitung der nächsten Sitzung**

Es sollte so eine Art Jahresplanung und Vorbereitung der nächsten Sitzung geben.

Herr Gehm führte dazu aus, es gäbe immer wiederkehrende Termine, z. B. im Frühjahr die Prioritätenlisten, die Bedarfs- und Investitionslisten, die dann der Vorbereitung der HH-Planung dienen. Dann werden im Herbst die Anträge zur Denkmalförderung vorgetragen, im Winter steht dann i. d. R. der Haushalt zum Beschluss.

Herr Schaller wandte dazu ein, dass man sich den nächsten Ausschuss nicht zu voll damit mache und man das in den Arbeitsplan mit integriere. Vielleicht solle der Arbeitsplan entsprechend vorbereitet und vorgelegt werden.

Er wies noch einmal auf die Interimsvariante Gymnasium Schöneiche hin, dass diese in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt würde. Er fragte die Anwesenden nach Wünschen für die kommende Sitzung.

Herr Wernicke brachte ein mögliches Thema, wie es um die restlichen Naturschutzgebiete im Raum Beeskow bestellt sei, im Hinblick auf unsachgemäße Eingriffe in diese, wie gehe die Untere Naturschutzbehörde (UNB) dazu vor. Er brachte das Beispiel Beeskow im Besonderen an und führte dazu eingehend aus. Vielleicht auch eine entsprechende Übersicht, wie werden die Naturschutzgebiete auch sachgerecht gem. der VO begleitet durch die UNB im Rahmen ihrer Zuständigkeit.

Der Vorsitzende brachte dazu an, dass man dieses vielleicht in zwei Ebenen trennen solle. Das vielleicht zum einen über die Naturschutzgebiete gesprochen werde, was das bedeute, welche haben wir überhaupt und was bedeute das im Umgang damit. Er stellte klar, dass gerade eben viel Wertendes enthalten war, dies sollte man den Fraktionen in ihren Anträgen vorbehalten lassen. Präzisierend dazu, wenn speziell etwas zu einem Thema anstehe, dies also über Anträge der Fraktionen geschehe.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich für diese 1. Sitzung bei allen Anwesenden und schloss die Sitzung.

André Schaller  
Vorsitzender des  
Ausschusses für Bauen,  
Ordnung und Umwelt

Sybille Kuhrau  
Schriftführerin